

Rassismus und Arbeitsmigration als Zukunftsfragen Sachsen-Anhalts

Eine Stellungnahme des EINE WELT Netzwerks Sachsen-Anhalt e. V.

Präambel: Warum dieses Positionspapier notwendig ist

Die aktuellen migrations- und arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen in Sachsen-Anhalt machen deutlich, dass das Gelingen gesellschaftlicher Entwicklung nicht allein im Globalen Süden eingefordert oder unterstützt werden kann, sondern zunächst vor der eigenen Haustür erprobt und praktiziert werden muss. Entwicklungszusammenarbeit, die im Globalen Süden Demokratie, Inklusion, Menschenrechte und gesellschaftlichen Zusammenhalt befördern soll, bedarf der Glaubwürdigkeit der handelnden Akteure im Globalen Norden.

Wo im unmittelbaren lokalen Umfeld kein respektvolles Miteinander gelingt, kann der Anspruch globaler Gerechtigkeit kaum überzeugend vertreten werden.

Sachsen-Anhalt steht exemplarisch für diese Herausforderung: Einerseits benötigt das Land angesichts des demografischen Wandels und des dramatischen Fachkräftemangels dringend qualifizierte Zuwanderung. Andererseits sind struktureller und alltagsweltlicher Rassismus, ausgrenzende Diskurse und übermäßige administrative Zugangsbarrieren alltägliche Realität vieler Zugewanderter. Diese Diskrepanz erzeugt eine politische wie moralische Spannung: Entwicklungspolitik kann nicht glaubwürdig von globaler Solidarität sprechen, wenn Teilhabe, Würde und Chancengerechtigkeit im eigenen Landesgebiet nicht gewährleistet sind.

Dieses Papier versteht sich daher als Beitrag zu einer kohärenten, menschenrechtsorientierten und global verantwortlichen Landespolitik, die die Ziele entwicklungspolitischer Leitlinien – wie sie u.a. in den Strategien des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung niedergelegt sind – mit regionaler Struktur-, Arbeitsmarkt-, Demokratie- und Gesellschaftspolitik verschränkt.

Ausgangslage und Problemanalyse:

Strukturelle Notwendigkeit von Zuwanderung

Sachsen-Anhalt gehört zu den am stärksten vom demografischen Wandel betroffenen Regionen Deutschlands. Ohne qualifizierte Zuwanderung drohen gravierende gesellschaftliche und ökonomische Verwerfungen: Fachkräftemangel im Pflege- und Gesundheitsbereich, Ausfälle in der industriellen Produktion, Einbrüche bei Dienstleistungs-, Bildungs- und Betreuungsstrukturen sowie eine Schwächung kommunaler Leistungsfähigkeit.

Abwanderungsdynamiken und ihre Ursachen

Studien belegen, dass ein erheblicher Teil internationaler Arbeits- und Fachkräfte Deutschland nach einiger Zeit wieder verlässt. Wie aus Analysen der Friedrich-Ebert-Stiftung hervorgeht, sind die Gründe hierfür nicht primär ökonomischer Natur, sondern umfassen unter anderem:

- mangelnde soziale Teilhabemöglichkeiten,
- fehlende Anerkennung und Respekt,
- Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen,

- komplexe und langwierige aufenthalts- und berufsrechtliche Verfahren.

Besonders bedeutsam ist, dass ein beträchtlicher Anteil dieser Abgewanderten grundsätzlich bereit wäre zurückzukehren, sofern gesellschaftliche Rahmenbedingungen verbessert werden. Diese Potenziale werden bislang nicht systematisch genutzt.

Rassismus als Entwicklungshemmnis

Rassistisches Verhalten im Alltag, in Behörden, am Arbeitsplatz oder im Wohnumfeld wirkt als Push-Faktor der Abwanderung und verschärft die strukturelle Fachkräftelücke. Es gefährdet zudem den gesellschaftlichen Zusammenhalt und widerspricht den normativen Grundlagen einer demokratischen, menschenrechtsbasierten Gesellschaft.

Leitgedanke: Entwicklungspolitik beginnt im Inneren

Die entwicklungspolitischen Leitlinien des BMZ betonen die Notwendigkeit:

- gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken,
- menschenrechtliche Standards verbindlich zu sichern,
- Zivilgesellschaft zu fördern,
- partnerschaftliche globale Beziehungen zu gestalten.

Diese Ziele können international nur dann wirksam vertreten werden, wenn sie national und regional gelebt werden.

Glaubwürdige Entwicklungszusammenarbeit setzt voraus, dass der Globale Norden die Prinzipien, die er global zu fördern beansprucht, im eigenen Verantwortungsbereich realisiert.

Sachsen-Anhalt kann und sollte hier zum Modell werden: nicht nur Empfänger wirtschaftlicher Zuwanderung, sondern Gestalter fairer, menschenwürdiger, kooperativer Migrationsprozesse, aus denen weltweite Partnerschaften entstehen können.

Position des EINE WELT Netzwerks Sachsen-Anhalt

Das Netzwerk formuliert folgende Grundannahmen:

1. Zuwanderung ist ein zentrales Element der Zukunftsfähigkeit Sachsen-Anhalts – ökonomisch, sozial, kulturell und demokratiepolitisch.
2. Rassismus und diskriminierende Verwaltungs- und Arbeitsstrukturen verhindern nachhaltige Entwicklung – lokal wie global.
3. Arbeitsmigration ist Teil internationaler Verflechtungen und muss menschenrechts-, friedens- und entwicklungspolitisch verantwortungsvoll gestaltet werden.
4. Teilhabe und Zugehörigkeit sind ebenso relevant wie Qualifikation und Beschäftigungsfähigkeit.
5. Entwicklungspolitische Glaubwürdigkeit entsteht dort, wo globale Werte lokal erfahrbar werden.

Handlungsempfehlungen:

Das Netzwerk empfiehlt u. a.:

- Einrichtung eines Landeskompetenzentrums für faire Arbeitsmigration, das Beratung, Anerkennungsverfahren, rechtliche Klärungen und Integrationsprozesse bündelt.
- Einführung eines Antirassismus- und Diversitätsmonitorings in öffentlichen Einrichtungen, in Zusammenarbeit mit Forschung und Zivilgesellschaft.
- Ausbau kommunaler Willkommens- und Teilhabestrukturen, insbesondere in ländlichen Räumen.
- systematische Programme zur Rückgewinnung abgewanderter Fachkräfte („circular migration“).
- verbindliche Kooperationen mit Herkunftsländern, die Brain-Drain-Effekte minimieren und Wissenstransfer stärken (s. Abkommen im Bereich Pflege zwischen Deutschland-Philippinen)

Schlussfolgerung:

Sachsen-Anhalt steht vor einer Richtungsentscheidung: Entweder das Land versteht Zuwanderung als strategische Zukunftschance – oder es riskiert gesellschaftliche Stagnation und ökonomischen Niedergang. Eine zukunftsgerichtete Arbeits- und Fachkräftepolitik kann jedoch nur gelingen, wenn sie mit einer konsequenten Bekämpfung von Rassismus, der Förderung sozialer Teilhabe und der Anerkennung von Vielfalt verbunden wird.

Wer globale Gerechtigkeit einfordert, muss lokale Gerechtigkeit sichern. Wer Entwicklung fördern will, muss Zusammenhalt ermöglichen. Wer Vielfalt verlangt, muss Teilhabe gestalten.

Entwicklung beginnt vor der Haustür. Gelingen wir hier nicht im „Wir“, wird der Anspruch auf global verantwortliches Handeln unglaubwürdig.